

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 17. Dezember 1963

Blatt 3065

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Wirtschaftsangelegenheiten

=====

17. Dezember (RK) Am heutigen zehnten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe X (Wirtschaftsangelegenheiten) behandelt. Stadtrat Franz Bauer (ÖVP) erstattete das Referat. Er führte aus:

"Die Geschäftsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, weist in den Ansätzen des Voranschlages 174,774.000 Schilling an Ausgaben aus.

Beschaffungsamt

Um nur einen kleinen Überblick über die Beschaffungen im Jahre 1963 zu geben, sei auf die verschiedenen Ankäufe des Beschaffungsamtes kurz verwiesen. An Lebensmitteln für den Bedarf der Magistratsabteilungen 11, 12 und 15 wurden 5.991 Bestellungen mit einem Gesamtaufwand von 18,597.000 Schilling durchgeführt. In diesem Betrag sind leicht verderbliche Lebensmittel, wie Milch, Butter, Gemüse, Obst und Fleisch nicht enthalten.

Die Preise der Lebensmittel, speziell der Grundnahrungsmittel, wie Mehl, Teigwaren, Brot und Kleingebäck, Milch und Milchprodukte, Reis und Zucker erfuhren im Verlauf der Berichtszeit eine durchschnittliche Erhöhung um etwa zehn Prozent. Außerdem gab es noch Preiserhöhungen bei Kaffeemitteln, Backpulver, Fruchtsäften und Spirituosen.

Durch günstige Kaufabschlüsse und Einlagerungen konnten für die Verbrauchsstellen bei Zucker, Mehl und Reis die alten Abgabepreise noch einige Monate lang gehalten werden.

./.

Im Rahmen von Fürsorgeaktionen der Magistratsabteilung 12, Betreuung der Dauerbefürsorgten der Stadt Wien, wurden Käufe für 351.900 Schilling getätigt.

Für die städtischen Ämter, Anstalten und Betriebe wurden in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Oktober Waren im Werte von 26,549.640 Schilling bestellt.

An Lohnarbeit wurden außerdem Aufträge für 3,186.528 Schilling vergeben. Auch bei Wirtschafts-, Eisen-, Chemie- und Elektrowaren und Bereifung konnten trotz Anhalten der Konjunktur die Bedarfsstellen im allgemeinen termingerecht beliefert werden.

Auf dem Preissektor gab es bei einigen Artikeln Erhöhungen; andererseits konnten aber auch verschiedene Waren billiger beschafft werden.

Preiserhöhungen von fünf bis zehn Prozent gab es in der Holz- und Eisenindustrie. Für Porzellangeschirr mußte um sieben Prozent, für Holzspielzeug um neun Prozent mehr bezahlt werden. Ebenso wurden die Preise im Reinigungsgewerbe um zehn bis fünfzehn Prozent erhöht.

Bei Leuchtstofflampen, Plastikwasserschläuchen, Keilriemen, Schaumgummimatratzen, Chemikalien, Bodenpflegemitteln konnten Preissenkungen bis fünfzehn Prozent festgestellt werden.

Wesentlich billiger konnten Plastik- und Glaswaren eingekauft werden.

Der gesamte Aufwand betrug in dieser Warengruppe, die mit der Beschaffung der vorhin genannten Waren befaßt ist, 19,898.000 Schilling.

Schreib- und Druckpapiere, Wasserzeichenpapier, Packpapier und insbesondere zur Herstellung von Schulheften wurden zirka 490.000 Kilogramm Papier um 4,167.000 Schilling angekauft.

Für diverses Kanzleimaterial wurden 1,694.000 Schilling ausgegeben. Die Herstellungskosten für Schulhefte - ohne Papier - betragen 258.700 Schilling. Die Preise für Kanzleimaterialien erhöhten sich teilweise bis zu zehn Prozent, bei einigen Artikeln, wie zum Beispiel Kuverts, gab es Preissteigerungen bis zu fünfzehn Prozent. Der Papierpreis blieb unverändert.

Weiter wurden für 49.347 Bücher und 8.027 Zeitschriftenabonnements 1,799.818 Schilling ausgegeben. Im Zuge der weiteren Modernisierung und der Fortsetzung der Mechanisierung von städtischen Dienststellen wurden für einschlägige Büromaschinen

einschließlich der Reparaturen 2,534.000 Schilling aufgewendet.

Für die Miete der Lochkartenanlage - Elektronenanlage und sonstiger Büromaschinen wurden insgesamt 1,535.775 Schilling ausgegeben, wovon auf die Lochkartenanlage allein 1,505.615 Schilling entfielen.

Es wurden 7.689 Druckaufträge vergeben, davon 4.844 Aufträge für den eigenen Druckereibetrieb. Die Gesamtkosten betrugen 5,734.000 Schilling. Das hierzu erforderliche Papier wurde aus dem Papierlager des Beschaffungsamtes beigestellt. Für 1.195 Buchbinderaufträge wurden 610.000 Schilling ausgegeben. Ungefähr 67.000 Schilling entfielen hievon auf Arbeiten in der eigenen Buchbinderei.

Der Gesamtaufwand dieser Warengruppe betrug 18,333.293 Schilling.

Die Verbrauchsstellen der Stadt Wien konnten in der Berichtszeit vom 1. Jänner bis 31. Oktober mit festen und flüssigen Brennstoffen zufriedenstellend beliefert werden.

Trotz der langanhaltenden Frostperiode in den Monaten Jänner und Februar und der damit verbundenen Brennstoffverknappung kam es bei der Anlieferung an die Verbrauchsstellen zu keinen nennenswerten Schwierigkeiten.

Vom 1. Jänner bis 31. Oktober sind an die städtischen Verbrauchsstellen insgesamt 81.121 Tonnen Brennstoffe ausgegeben worden.

Der wertmäßige Gesamtumsatz in der Berichtszeit betrug 53,790.769 Schilling.

Im Laufe des Berichtszeitraumes erhöhte sich der Preis für Rekordbriketts um sieben Prozent. Ebenso wurde der Fuhrwerkstarif für Heizöltransporte um 17 Prozent und der Tarif für Einkellerungsarbeiten um sieben Prozent erhöht.

Die seit dem Jahre 1959 im gesteigerten Ausmaß begonnene planmäßige Modernisierung der Einrichtung von Amtsräumen des Wiener Magistrates wurde fortgesetzt. Die Möbelbranche war auch im Jahre 1963 sehr gut beschäftigt, sodaß die Lieferfristen nach wie vor drei bis vier Monate betragen. Auf Grund eines Beschlusses der Paritätischen Kommission im Oktober 1963 wurden bei Möbeln Preiserhöhungen von drei bis sechs Prozent bewilligt.

Die Kosten der regelmäßigen Instandsetzung von Amtsmöbeln und sonstigen Einrichtungsgegenständen durch die Tischlerei, Schlosserei und Anstreicherei beliefen sich bis 31. Oktober einschließlich Material auf rund 1,1 Millionen Schilling.

Der Erlös aus dem Verkauf von Altmaterial und ausgeschiedenen Sachgütern betrug 2,428.660 Schilling.

Der Gesamtaufwand in dieser Warengruppe erreichte die Höhe von 22,800.000 Schilling.

Für die Errichtung neuer Schulbauten, aber auch für die Modernisierung von Volks-, Haupt-, Sonder-, Berufsschulen und städtischen Lehranstalten wurden 12,800.000 Schilling aufgewendet.

Die städtische Bäckerei, die im Gebäude des Zentrallagers des Beschaffungsamtes, 16, Hasnerstraße 123, untergebracht ist, verfügt über vier Gasbacköfen, einen Netzbandofen und zwei Elektroöfen. Im Zuge der weiteren Mechanisierung wurden seit dem Jahre 1959 zwei Teigteilmaschinen, Lang- und Rundwirkmaschinen für Schwarz- und Weißbrot sowie eine Aufbereitungsanlage für Kleingebäck aufgestellt und in Betrieb genommen. Im Laufe des heurigen Jahres ist noch eine neue Universal-Kipferlmaschine und eine Kaisersemelwirkmaschine hinzugekommen. Damit ist die Mechanisierung der Bäckerei, die im Jahre 1959 begonnen wurde, im wesentlichen abgeschlossen.

Gegenüber 1958 konnten beachtliche Personaleinsparungen erzielt werden. Dazu kommt, daß sich in den diesem Zeitraum die Produktion beziehungsweise der Absatz von Backwaren um neun Prozent erhöht hat. Hingegen wurde die wöchentliche Arbeitszeit von 47 1/2 Stunden auf 41 Stunden, das ist um fast 14 Prozent herabgesetzt.

Den Bäckereiarbeitern wurde mit Wirkung vom 2. September 1963 eine Lohnerhöhung von elf Prozent gewährt.

In der Berichtszeit wurden in der Bäckerei 1,102.220 Kilogramm Brote, 277.790 Kilogramm Gebäck und 63.920 Kilogramm Mehlspeisen erzeugt und an die städtischen Anstalten ausgeliefert.

Die Einnahmen der städtischen Bäckerei beliefen sich auf 8,101.162 Schilling.

Liegenschaftsverwaltung

Die Einnahmen der Magistratsabteilung 57, Liegenschaftsverwaltung, wurden für das Jahr 1964 mit 8,210.000 Schilling angenommen. Von diesen Einnahmen entfielen 5,485.000 Schilling auf Pachtzinse und 2,574.000 Schilling auf Schankpacht, Miet-, Anerkennungs- und Bauzinse.

Der Grundbesitz der Stadt Wien umfaßte am 15. November 1963 1.820.232,24 ar in Wien und 2.183.028,28 ar außerhalb Wiens im Alleinbesitz, 69.657,83 ar in Wien und 4.482 ar außerhalb Wiens im Mitbesitz und 4,93 ar in Wien in der Vereinigten Wiener Fürsorgestiftung.

Die Magistratsabteilung 57 hat es sehr schwer. Werden nämlich Grundflächen benötigt, die kurzfristig geräumt werden sollen, gibt es fast immer bei der Freimachung Schwierigkeiten. Oft müssen Ersatzgrundstücke gefunden werden, um die Freimachung zu beschleunigen oder aber es verlangen die Grundbenützer Ablösesummen, über die man sich erst in langwierigen Verhandlungen einigen kann. Bleiben die Grundflächen, die der Gemeinde Wien zur Verfügung stehen, unbenützt, gibt es im unverbauten Gelände mit den Nachbarn Verdruß, weil nur zu oft ein Verwachsen der brachliegenden Grundstücke mit Unkraut eintritt und die Anrainer mit Prozessen drohen, weil auch ihre Felder durch das Nichtbetreuen der gemeindeeigenen Liegenschaft vom Unkraut bedroht werden.

Um bei den Grundstücksfreimachungen diese Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen, hat in letzter Zeit die Magistratsabteilung 57 fast nur mehr prekaristische Verträge mit den Benützern abgeschlossen. Wenn auch durch diese Art der Grundstücksvergabe für die Gemeinde geringere Beträge zu erzielen sind, so wiegen diese Mindereinnahmen die bei Freimachung geforderten hohen Ablösesummen doch bei weitem auf. Trotz dieser Vorsichtsmaßnahme können aber landwirtschaftlich genutzte Grundstücke dennoch nicht immer zeitgerecht freigemacht werden, wenn sie für gemeindeeigene Zwecke gebraucht werden, denn die Bestandnehmer landwirtschaftlich genutzter Grundstücke finden immer wieder den Weg zum Pachtamt. Das Pachtamt entscheidet in anhängigen Verfahren immer zugunsten der Bestandnehmer und es kommt vor, daß durch das Pachtamt Räumungsaufschübe bis zu 20 Jahren gewährt werden. Daß unter solchen Umständen der Stadtplanung so manche Schranken gesetzt werden und Vorhaben im Interesse der Bevölkerung nicht durchgeführt werden können, sei nur nebenbei erwähnt. Ich glaube, es müßte ernstlich daran gegangen werden, landwirtschaftliche Schutzgebiete zu schaffen. In diesen so geschaffenen Gebieten könnten dann Gärtner und Landwirte, soferne sie auf Pachtgrundstücken sitzen, auch auf

Zeit planen, Glashäuser errichten und dergleichen mehr. Man müßte aber durchsetzen, daß alle nicht landwirtschaftlich geschützten Grundstücke bei der Freimachung keine Möglichkeit hätten durch das Pachtamt so langfristige Verträge zu erhalten, die es, wie gesagt, der Gemeinde unmöglich machen, vorausschauend zu planen. Da es vermutlich in anderen Großstädten nicht anders ist als in Wien, wäre es doch zweckmäßig, wenn der Städtebund sich dieser schwierigen Frage annehmen und sie einer Bereinigung zuführen würde.

Rechtliche Angelegenheiten

Die Magistratsabteilung 58 scheint im Voranschlag nicht auf, dennoch sind in dieser Abteilung eine Anzahl heikler Fragen zu behandeln. So wurde unter anderem das Forstrechtsbereinigungsgesetz, das von dieser Abteilung vorgelegt wurde, beschlossen. Dieses Gesetz regelt den Ausbildungsgang der Förster.

Das Buschenschankgesetz ist soweit vorbereitet, daß es demnächst zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann. Die Verzögerung dieser Vorlage ist wegen einem zwischen der Landwirtschaftskammer für Wien und der Fachgruppe Gast- und Schankbetriebe in Wien vor dem Verwaltungsgerichtshof ausgetragenen Rechtsstreit entstanden. Nach dem Spruch des Verwaltungsgerichtshofes ist nun Klarheit hinsichtlich der Konzessionserteilung für Buschenschänker geschaffen. Es kann in Zukunft einem Buschenschänker, der in seinem Betrieb während der Buschenschankzeit Speisen im beschränkten Umfang abgeben will, durch Erteilung einer Konzession diese Möglichkeit geschaffen werden.

Interessant ist auch ein mir zugegangener Bericht der Land- und Forstwirtschaftsinspektion. Bei den Betriebsprüfungen in 595 landwirtschaftlichen Betrieben wurden 1.256 familieneigene und 503 familienfremde Arbeitskräfte gezählt. Während der Saison stieg die Zahl der Arbeitskräfte nur unbedeutend. 148 familieneigene und 43 familienfremde Hilfskräfte wurden bei Erntearbeiten vorübergehend beschäftigt. In diesen Zahlen spiegelt sich die Schwierigkeit der Betriebsführung der Landwirtschaften, weil es eben in der Landwirtschaft wesentlich schwieriger ist, Personal zu bekommen als in anderen Berufszweigen.

Zu bemerken wäre noch, daß die Schonzeiten aller jagdbaren Tiere an die im Land Niederösterreich bestimmten Zeiträume angeglichen wurden, sodaß bezüglich der Schonzeiten zwischen Wien und Niederösterreich kein Unterschied besteht.

Nicht zuletzt will ich hier auch darauf hinweisen, daß bereits 1.000 Motorbcote ihren Standort in Wien haben.

Die Märkte

Die Einnahmen und Ausgaben umfassen nicht nur die Agenden im Rahmen der Marktverwaltung, sondern auch solche der Hoheitsverwaltung. Der Aufgabenbereich der Magistratsabteilung 59 Marktamt beinhaltet folgende Agenden:

Die Verwaltung der Märkte, der Markthallen und städtischen Brückenwaagen, die Ausübung der Lebensmittel-, Markt-, Gewerbe- und Eichpolizei, die Marktbeobachtung, die Importkontrolle und die Behandlung grundsätzlicher Fragen der Lebensmittelversorgung. In diesen Bereich fallen die Preisbeobachtung, die Preisbildung und die Kontrolle der Preise. Ferner fällt in den Aufgabenbereich die Zuweisung von Straßenständen mit Ausnahme des Vertriebes periodisch erscheinender Druckschriften, die Führung der Markt- und Lebensmittelstatistik, die Erstellung von Werttarifen für Entschädigungen nach dem Tierseuchengesetz, ein allgemeiner Erhebungsdienst und schließlich die Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen über den Naturschutz.

Im Wochendurchschnitt wurden auf dem Zentralviehmarkt im Jahre 1962 1.450 Stück Rinder, 51 Stück Kälber, 8.770 Stück Schweine und 299 Stück Pferde umgesetzt. In der Fleischmarkthalle rund 700.000 Kilogramm Fleisch und Fleischwaren, auf den Obst- und Gemüsegroßmärkten: 1,154.900 Kilogramm Obst, 1,242.500 Kilogramm Gemüse, 583.800 Kilogramm Südfrüchte, 831.900 Kilogramm Kartoffeln, 143.000 Kilogramm Zwiebeln und Knoblauch und 11.500 Kilogramm Pilze. - Auf dem Zentralfischmarkt: 13.700 Süßwasserfische, 94.596 Kilogramm Seefische und 61.300 Kilogramm Industriefische.

Im Haushaltsplan sind für die Märkte Einnahmen und Ausgaben in folgender Höhe vorgesehen: 22,553.000 Schilling Einnahmen und 57,771.100 Schilling Ausgaben.

Im Vergleich zum Jahre 1963 wird eine Steigerung der Einnahmen um rund 1,150.000 Schilling erwartet.

Die Ausgaben ergeben im Vergleich zum Jahre 1963 eine Erhöhung um 5,400.000 Schilling.

Auf dem Naschmarkt und in der Großmarkthalle werden größere bauliche Herstellungen sowie sonstige Investitionen wegen der beabsichtigten Verlegung dieser Märkte auf das Gelände des Zentralviehmarktes nicht mehr durchgeführt.

An größeren Bauvorhaben ist vor allem der weitere Umbau des Hannovermarktes zu erwähnen. Auch der Neubau eines modernen Marktes auf dem Nothnagelplatz im 10. Bezirk ist im Hinblick auf den zu erwartenden Bevölkerungszuwachs in diesem Bezirksteil notwendig.

Die Erhaltung der Verkehrsflächen erfordert in erster Linie wegen der zunehmenden Beanspruchung durch Lastkraftwagen usw. immer mehr Geldmittel. Besonders dringend ist die Erneuerung der Marktflächen auf dem Fisch-, Karmeliter- und Yppenmarkt. Die Beendigung des Ausbaues des Kanalnetzes auf dem Meiselmarkt im 15. Bezirk ist wegen des schlechten Abflusses des Regenwassers auf den noch nicht kanalisierten Verkehrsflächen unbedingt erforderlich. Auch auf der Verkehrsfläche des Sonnbergmarktes im 19. Bezirk ist vor allem aus hygienischen Gründen eine Kanalisierung dringend notwendig.

Neben dem Austausch schadhafter Erdkabelleitungen ist auf dem Naschmarkt die weitere Verbesserung der Beleuchtung auf der Eiertampe vorgesehen.

Die Versorgungslage und Marktbeschickung wird im Zusammenhang mit der Preisbewegung vom Marktamt einer laufenden Beobachtung unterzogen. Deren Ergebnisse werden in periodischen Berichten veröffentlicht.

Ferner gibt eine jeweils zum Wochenende verfaßte Kurzübersicht, die in der Tagespresse verlautbart wird, der Öffentlichkeit aufschluß über die jeweilige Situation auf dem Lebensmittel- und Preissektor.

Nach Wegfall der amtlichen Preisregelung mußte auf eine einwandfreie und richtige Preisnotierung besonderer Wert gelegt werden, die jederzeit über die geltenden Preise der wichtigsten Lebensmittel und Verbrauchsgüter Auskunft gibt. Die Erhebung der Preise durch das Marktamt wird bei standortgebundenen Betrieben in allen Bezirken Wiens vorgenommen. Die Unternehmen, die zu dieser regelmäßigen Preiserhebung heranzuziehen waren, wurden sorgfältig ausgewählt, um ein tatsächlich objektives Bild der gesamten Wochenpreissituation zu erhalten. Schließlich sei noch auf die Mitarbeit des Marktamtes bei der Erstellung der "Amtlichen Österreichischen Preisstatistik", Preisindex des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, hingewiesen.

Im Zuge der Milchkontrolle, die sich auf alle Molkereibetriebe und Milchverkaufsstellen, landwirtschaftliche Betriebe sowie auf die "Schulmilchaktionen" erstreckt, werden Proben von Produkten der in Wien etablierten Molkereien untersucht. Regelmäßig werden vom Marktamt Qualitätsprüfungen von Brot, Gebäck und Kurstwaren gemeinsam mit der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Wien und den zuständigen Innungen kommissionell vorgenommen. Im Laboratorium des Marktamtes gelangen ferner, insbesondere auf dem Importsektor, die verschiedensten Lebensmittel und Genußmittel zur Voruntersuchung. Im eigenen Laboratorium werden auch unter Mitwirkung eines Experten der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung seit Jahren Weinproben laufend voruntersucht.

Importe von Lebens- und Genußmitteln werden nach Verständigung durch die Zollbehörden noch vor ihrem Verkauf vom Marktamt stichprobenweise auf ihre entsprechende Beschaffenheit überprüft. Die Pilzkontrolle erstreckt sich nicht nur auf die durch den Handel auf den Markt gebrachte Ware, sondern auch auf von Privaten selbstgepflückte Schwämme, die dem Amt zur Beurteilung vorgelegt werden.

Im Falle der Beanstandung von Proben durch die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung werden die Anzeigen wegen Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen des Lebensmittelgesetzes, Weingesetzes oder einschlägiger Verordnungen, nach Einvernahme der Beschuldigten in einem eigenen Referat der Marktamtsdirektion an die zuständigen Gerichte beziehungsweise an die Verwaltungsbehörde weitergeleitet.

Das Marktamt hat nicht nur die Marktaufsicht auszuüben, sondern überhaupt alle aus der Marktordnung und der Verwaltung der Märkte sich ergebenden administrativen und marktpolizeilichen Agenden zu versehen. So ergeben sich im Zuge der Durchführung des Raumprogrammes für einzelne Marktanlagen oft sehr einschneidende Veränderungen. Entweder werden Marktverlegungen erforderlich, um insbesondere die angespannte Verkehrslage zu entlasten, oder es sind Umbauten von Märkten notwendig, welche die räumliche und bauliche Anpassung an neuentstandene Wohnhausanlagen und eine bessere Eingliederung in das städtebauliche Gesamtbild im jeweiligen Marktbereich ermöglichen sollen.

Die Schaffung eines Zentralgroßmarktes wird infolge der immer angespannter werdenden Verkehrslage des Naschmarktes und der geplanten Westeinfahrt bis zum Karlsplatz immer dringlicher. Bei der Planung dieses Projektes sind neben der Platzfrage in verkehrsmäßiger wie baulicher Hinsicht auch die Erfordernisse und die künftige Entwicklung des Großmarktes, der praktisch alle bereits bestehenden Großmärkte in sich vereinigen soll sowie die Kostenfrage besonders zu berücksichtigen.

Der neuerbaute Vorgartenmarkt im 2. Bezirk wurde am 18. April 1963 in Betrieb genommen. Diese moderne gefällige Kleinmarktanlage mit ihren geräumigen Marktständen und breiten Verkaufsfrenten, lichtdurchlässigem Wetterschutz sowie entsprechenden Marktwegen und Lieferstraßen fand allgemein gute Aufnahme.

Die unmoderne Marktanlage des Hannovermarktes im 20. Bezirk wird in einem mehrjährigen stufenweisen Umbau auf derselben Marktfläche wie bisher unter voller Aufrechterhaltung des Marktbetriebes neu errichtet. Da es sich hier um einen sehr gut gehenden Markt handelt, muß die Wiedererrichtung des Marktes in

Die Anpassung an die in der unmittelbaren Umgebung entstandenen modernen Wohnhausbauten in neuer Form als besonders begrüßenswert anerkannt werden. Die erste Baustufe steht bereits vor ihrer Vollendung.

Durch die rege Bautätigkeit der Stadt Wien entstehen vor allem in den Randgebieten der Stadt zahlreiche neue Wohnviertel. Das Marktamt ist in Zusammenarbeit mit den Bezirksvorstehern stets bemüht, zu prüfen, ob in diesen neuen Wohngebieten Bedarf nach Errichtung von neuen Märkten besteht. Auf Grund eines solchen vom Marktamt im Einvernehmen mit dem Bezirksvorsteher des 10. Bezirkes schon seinerzeit eingebrachten Vorschlages ist nun auf dem Nothnagelplatz an der Raxstraße im 10. Bezirk die Errichtung eines Marktes vorgesehen. Es wurde festgelegt, daß vorerst nur 24 Marktstände mit Unterkellerung errichtet werden sollen. Da somit die erforderlichen Vorarbeiten zur Errichtung dieser neuen Marktanlage soweit fortgeschritten sind und das Raumprogramm als abgeschlossen angesehen werden kann, könnte mit der Bauausführung umgehend begonnen werden, sobald die erforderlichen finanziellen Mittel hierfür bewilligt werden.

Auch das Projekt der Errichtung eines neuen Kleinmarktes auf dem Obergfellplatz im 21. Bezirk wird auf seine Durchführbarkeit hin geprüft, da auch dort in der näheren und weiteren Umgebung dieses Platzes eine große Anzahl neuer Wohnhausbauten entsteht.

Das Veterinäramt

Große Sorgen bereitet der Stadtverwaltung das Veterinäramt. Im Zuge der Planung des Gemüse-, Obst- und Blumengroßmarktes werden auch der Viehmarkt und die Schlachthofanlagen umzubauen sein. Dabei darf man nicht außer Acht lassen, daß der Betrieb in den Schlachthöfen ungestört weitergeführt werden muß, um die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch nicht zu gefährden. Der Rinderschlachthof in St. Marx ist etwa 100 Jahre alt. Obwohl nur die allernotwendigsten Erhaltungsarbeiten gemacht werden, müssen für ihn große Summen aufgewendet werden. Die Fleisch-Großmarkthalle, deren Errichtung auf das Jahr 1865 zurückgeht, hat, zumindest was ihre Kapazität anlangt, kein Gegenstück in

einer anderen europäischen Großstadt. Der Vollständigkeit halber bleibt hinzuzufügen, daß die derzeit noch in Betrieb befindliche Kühlanlage 1897 eingebaut wurde und 1899 die sogenannte "Brücke", also der Teil der Großmarkthalle, der die Stadtbahn überspannt, sowie die längs der Invalidenstraße liegende neue oder auch "Polnische" genannte Halle hinzukamen. Die Errichtung dieses Fleischmarktes vor nahezu 100 Jahren spricht für den Weitblick der damaligen Kommunalpolitiker. Wenn auch der in der Fleisch-Großmarkthalle getätigte Umsatz heute geringer ist als vor dem zweiten Weltkrieg, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Institution auch für die weitere Zukunft ein unbedingtes Erfordernis darstellt.

Leider muß aber festgestellt werden, daß eben diese Großmarkthalle trotz geringerer Anlieferungen dem enorm steigenden Kraftwagenverkehr nicht mehr gewachsen ist. Es ist eine nüchterne Tatsache, daß ohne laufende und zwangsläufig von der Polizei tolerierte Übertretungen der Straßenverkehrsordnung die Abwicklung des Betriebes dort überhaupt nicht möglich wäre. Aus dieser räumlichen Bedrängnis entstand schon vor Jahren der Plan, den zwischen der sogenannten "Brücke" und der Ungarbrücke liegenden Raum über den Geleisen der Schnellbahn zu überdachen und somit einen zweifellos ausreichenden Parkplatz zu schaffen. Dieses Projekt, dessen technische Durchführbarkeit niemals bestritten wurde, scheiterte jedoch regelmäßig in der ersten Phase der Diskussion an dem Einwand, das Gebäude der Fleisch-Großmarkthalle müßte aus rein verkehrsbedingten und stadtplanerischen Gründen eliminiert und der Fleischmarkt als solcher zum Beispiel nach St. Marx verlegt werden. Diese Argumentation war bis vor einigen Jahren zweifellos richtig. Heute, da das alte Großmarkthallegebäude vom AEZ umbaut ist, dürfte eine restlose Demolierung und Beseitigung kaum noch in Frage kommen. Darüber hinaus hat sich durch Errichtung eines zweiten großen Warenhauses, durch die Schnellbahn und den Autobusbahnhof und nicht zuletzt durch die unmittelbare Nachbarschaft der als Geschäftsstraße immer mehr an Bedeutung gewinnenden Landstraßer Hauptstraße die Situation grundlegend verändert.

Ob gewünscht und geplant oder nicht, es ist dort ein Einkaufszentrum erster Ordnung entstanden, das laufend weiter an Bedeutung gewinnen wird.

An diese Erkenntnisse schließt sich nun die Feststellung, daß die Errichtung von neuen Schlachthanlagen notwendiger- und vernünftigerweise auf dem Territorium von St. Marx eine zwingende Notwendigkeit darstellt. Daß sich in diesen neu zu errichtenden Schlachthanlagen auch der künftige Fleischgroßmarkt befinden wird, steht außerhalb jeder Debatte. Es wäre also damit zu rechnen, daß in geraumer Zeit, nach Übersiedlung der Großschlächter und Fleischkommissionsfirmen, die Halle praktisch veröden würde. Zurück blieben nämlich nur die sogenannten Gitterstände, das heißt, die Detailverkäufer in der Fleischmarkthalle, die dann schwer um ihre Existenz ringen müßten. Einer Umsiedlung aber, soweit sie überhaupt möglich wäre, würden die Geschäftsinhaber verständlicherweise größten Widerstand entgegensetzen.

Der Gedanke, der hier entwickelt werden soll, geht nun dahin, ob es nicht möglich ist, den flächenmäßig sehr bedeutenden Raum der Großmarkthalle, in einen modernsten Fleischdetailmarkt mit Klimatisierung, Kühlvitrinen etc. umzuwandeln. An diesem Fleischdetailmarkt organisch anschließen könnten sich die derzeit in der Viktualienhandlung ansässigen Geschäfte. Somit wäre ein Lebensmittelverkaufszentrum geschaffen, das fraglos einen Anziehungspunkt für die gesamte Bevölkerung Wiens bieten würde.

Es darf in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß jetzt genauso wie früher Hausfrauen aus ganz Wien in die Großmarkthalle fahren, um dort einzukaufen. Aus der Feststellung über die Notwendigkeit einer funktionierenden Großmarkthalle einerseits sowie aus der Feststellung, sie künftighin rationell zu nützen, ergibt sich nun eine Folgerung, die bereits heute Gültigkeit hat. Das heißt, daß eine Beschlußfassung über die künftige Verwendung der Baulichkeiten der Großmarkthalle es bereits heute ermöglichte, Maßnahmen zu treffen, die zur Verbesserung des Betriebsablaufes absolut erforderlich sind.

So wäre für das zu errichtende Lebensmitteleinkaufszentrum der vorher erwähnte Parkplatz eine zwingende Voraussetzung. Darüber hinaus wären aber auch noch verschiedenste, nicht näher zu detaillierende Renovierungsarbeiten möglich, die bis jetzt mit dem Hinweis abgelehnt wurden, es stünde doch nicht dafür, in den alten, demnächst zu demolierenden Bau noch etwas hineinzustecken.

Es darf hier vom rein veterinären Standpunkt gesagt werden, daß die hygienischen Verhältnisse der Fleisch-Großmarkthalle einiges zu wünschen übrig lassen. Paris, das bis vor einigen Jahren eine ähnliche Institution besaß, hat sich mit einem entsprechenden Neubau den modernen hygienischen Verhältnissen bereits angepaßt.

Schließlich noch ein rein veterinäramtliches Moment: Sämtliches von auswärts nach Wien eingebrachtes Fleisch sowie Fleischwaren müssen der Überbeschau unterzogen werden. Diese Überbeschau wird zum Teil in der Großmarkthalle, zum Teil aber auch in den einzelnen Betrieben der Fleischhauer durchgeführt. Eine Konzentration der gesamten Überbeschau in der Großmarkthalle wäre hier wünschenswert. Ja, es muß gesagt werden, daß dies bei dem herrschenden Tierärztemangel eine letzte Rettung sein würde, auf dem personellen Sektor das Auslangen zu finden, denn eine Reduzierung der Tierärzte in St. Marx ist ausgeschlossen. Einsparungen könnten nur in den Veterinärämtern der Bezirke erfolgen. Zum Teil ist dies durch die Verringerung der Veterinärämtern von 18 auf zehn bereits geschehen. Während die Zahl der Schlachtungen in den Bezirken abnimmt, steigt die Zahl der Überbeschaustellen.

Abschließend noch einige Bemerkungen zur wirtschaftlichen Situation, die heuer durch gewisse Lohn- und Preisauftriebstendenzen gekennzeichnet war, wie sie es in anderen Ländern (man denke zum Beispiel nur an Italien) in weit stärkerem Maße gibt. Erfreulicherweise ist in letzter Zeit auf dem Gebiet der Preise und Löhne nicht zuletzt durch das Zusammenwirken der Sozialpartner doch einige Beruhigung eingetreten, sodaß man mit einigem Optimismus dem neuen Jahr entgegenblicken kann, das für uns große wirtschaftliche Entscheidungen bringen dürfte, denkt

man nur an das wünschenswerte Arrangement mit der EWG. Gerade die Wirtschaft Wiens mit ihrer vielfältigen Struktur wird sich hier zu bewähren haben, um in Zukunft bestehen zu können. Sie wird dabei das Verständnis und die Hilfe nicht nur der zuständigen Stellen des Bundes, sondern auch der Gemeinde finden müssen, freilich nicht in Form irgendeines Dirigismus. Hier wird vielleicht da und dort ein Umdenken notwendig sein, ein Zurücktreten parteipolitischer Überlegungen, ein Betonen allgemein verbindender kommunalpolitischer Interessen. Nur so scheint es möglich, in einer sich immer mehr integrierenden Wirtschaft mit ihren unerhörten Konkurrenzkämpfen die Arbeitsplätze unserer Wiener Arbeiter und Angestellten und die Existenz der vielen Wiener Handels- und Gewerbetreibenden zu sichern. Was heute längst zur Selbstverständlichkeit geworden ist, muß auch in Zukunft erhalten bleiben, nämlich der gesicherte Arbeitsplatz, der eine der wesentlichsten Voraussetzungen des sozialen Friedens, eines kontinuierlichen wirtschaftlichen Aufstieges und stabiler innenpolitischer Verhältnisse ist."

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Freie Arztstellen

=====

17. Dezember (RK) In der Allgemeinen Poliklinik der Stadt Wien wird die Stelle eines Institutsvorstandes der Prosektur und die Stelle eines ärztlichen Leiters der Anstalt, welche mit einer der an der Anstalt vorhandenen ärztlichen Abteilungs-(Instituts-)vorstandstellen verbunden ist, besetzt.

In der Nervenheilanstalt der Stadt Wien-Rosenhügel wird die Stelle eines teilbeschäftigten Facharztes für Frauenheilkunde besetzt. Mitzubetreuende Anstalten sind das Altersheim der Stadt Wien-Lainz, Lungenheilstätte der Stadt Wien-Baumgartner Höhe, Psychiatrisches Krankenhaus der Stadt Wien.

Gesuche sind bis spätestens 31. Dezember 1963 an die Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, 1, Gonzagasse 23, 3. Stock, Zimmer 351, zu richten.

- - -

Gustav Freytag zum Gedenken

=====

17. Dezember (RK) Auf den 19. Dezember fällt der 25. Todestag des Kartographen und Verlegers Gustav Freytag.

Am 23. Jänner 1852 in Neuahaldensleben bei Magdeburg geboren, erlernte er die Lithographie in Wien und arbeitete anschließend in der topographischen Abteilung des großen Generalstabs in Berlin, dann als Kartograph im Verlag F.A. Brockhaus in Leipzig. 1879 machte er sich in Wien selbständig. Das später mit Berndt vereinigte Geschäft entwickelte sich zu einer führenden kartographischen Anstalt, bei der Aufträge aus aller Welt einliefen. In weitesten Kreisen bekannt wurde die Verlagsanstalt, als ihr zu Anfang des 20. Jahrhunderts die Herstellung der Touristenwanderkarten des "Deutschen und Österreichischen Alpenvereines" übertragen wurde. Diese wurden seither immer wieder neu aufgelegt und stellen heute einen unentbehrlichen Behelf für Touristik und Fremdenverkehr dar. Neben den Wanderkarten sind auch die Auto-karten in ganz Europa geschätzt. Ein weiteres hervorragendes Erzeugnis ist der Straßenatlas von Österreich.

- - -

Wieder höhere Fürsorgetanten in Wien
=====

17. Dezember (RK) Auf Antrag von Stadtrat Maria Jacobi genehmigte heute die Wiener Landesregierung eine neuerliche Erhöhung der Fürsorgetanten ab 1. Jänner 1964. Die Richtsätze sind zuletzt ab 1. September dieses Jahres erhöht worden. Die neuerliche Erhöhung hängt damit zusammen, daß die Richtsätze der Ausgleichszulagen in der Sozialversicherung mit 1. Jänner 1964 steigen. Die Richtsätze der öffentlichen Fürsorge in Wien für alte und arbeitsunfähige Personen werden nun im gleichen Ausmaße erhöht.

Ab 1. Jänner erhalten somit in der Gehobenen Fürsorge die Alleinstehenden 660 Schilling (bisher 600 Schilling), Hauptunterstützte im Familienverband 640 Schilling (bisher 580 Schilling), Mitunterstützte erhalten 345 Schilling so wie bisher. In der Allgemeinen Fürsorge erhalten Alleinstehende 570 Schilling (bisher 510 Schilling), Hauptunterstützte im Familienverband 540 Schilling (bisher 480 Schilling) und Mitunterstützte 275 Schilling so wie bisher.

In den Genuß der Erhöhung kommen jene hilfsbedürftigen Männer, die das 65. Lebensjahr, und hilfsbedürftige Frauen, die das 60. Lebensjahr überschritten haben oder arbeitsunfähig sind. Die Richtsätze für jüngere und arbeitsfähige Personen werden nicht erhöht.

Die für die Gemeinde Wien sich daraus ergebenden Mehrauslagen betragen unter Berücksichtigung von 14 Monatsbezügen für das Jahr 1964 schätzungsweise 5,8 Millionen Schilling.

.. -- - -

Personalmeldungen

=====

17. Dezember (RK) Auf Antrag von Vizebürgermeister Slavik hat heute der Wiener Stadtsenat den Senatsrat Dr. Ing. Adolf Velisek (E-Werke) in die Dienstklasse VIII befördert. Die Oberstadtbauräte Dipl.-Ing. Raimund Haussmann (E-Werke) und Dipl.-Ing. Konrad Kowarc (Baudirektion) wurden in die Dienstklasse VIII befördert und ihnen der Titel Senatsrat verliehen. Die Magistratsräte Dkfm. Josef Fladerer (Büro Stadtrat XII) und Dr. Alois Miksch (Magistratsabteilung 64) wurden zu Obermagistratsräten und die Technischen Amtsräte Ing. Josef Goll (Magistratsabteilung 37), Ing. Franz Kleindienst (Magistratsabteilung 33) und Ing. Josef Krieger (Magistratsabteilung 23) zu Technischen Oberamtsräten befördert. Der Gutsinspektor des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien Dipl.-Ing. Josef Piwniczka wurde zum Direktor des Betriebes ernannt.

- - -

70. Geburtstag von Charlotte Bühler
=====

17. Dezember (RK) Am 20. Dezember vollendet die Kinderpsychologin Prof. Dr. Charlotte Bühler das 70. Lebensjahr.

Sie wurde in Berlin geboren und studierte Psychologie, Literatur und Medizin. 1922 erfolgte ihre Habilitierung an der Wiener Universität, 1925 ihre Berufung an die Städtische Kinderübernahmestelle. In der Folge hielt sie zahlreiche Gastvorlesungen an europäischen und amerikanischen Universitäten. 1938 verließ sie Österreich. Seit 1940 lebt sie ständig in den Vereinigten Staaten. Charlotte Bühler ist durch ihre experimentelle Kinder- und Jugendpsychologie weltbekannt geworden. Sie hat in Schulen, Fürsorgeanstalten, Kinderheimen und Horten die Wiener Jugend in allen Entwicklungsstufen untersucht und dabei die verschiedensten Milieueinflüsse berücksichtigt. Ihre Tests umfaßten alle Lebensäußerungen vom Säuglingsalter bis zur Reife und ergaben ein genaues Gesamtbild, das im System der Psychologie seinen Platz gefunden hat. Das Material für ihr erstes großes Werk "Kindheit und Jugend" wurde in mehreren vorbereitenden Büchern gesammelt. Ihre Arbeiten basieren nicht auf gedanklicher Spekulation, sondern auf einer unübersehbaren Fülle von Tatsachen. Die Beschäftigung mit den Biographien großer schöpferischer Persönlichkeiten ergab gleichfalls neue Gesichtspunkte für deren Deutung. Weitere bedeutende Schriften sind "Kind und Familie" und "Psychologie im Leben unserer Zeit". Letztere zeigt, wie die moderne Psychologie dem Verstehen der inneren Zusammenhänge dient und wieviel daraus der Mensch für sein persönliches Dasein gewinnen kann. In den letzten Jahren trat ihr psychotherapeutisches Wirken immer mehr in den Vordergrund. Charlotte Bühler hat durch ihr Schaffen verdienstvoll dazu beigetragen, den Ruhm der Wiener Psychologischen Schule in der ganzen Welt zu verbreiten.

Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Mandl haben der Jubilarin in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschsreiben übermittelt.

3.057 Mann im Kampf gegen den Schnee
=====Bundesheer half der Straßenbahn

17. Dezember (RK) Gestern in den späten Abendstunden setzten zuerst leichte dann immer stärker werdende Schneefälle ein, wozu ein sich steigernder Wind kam (Sturmspitzen bis zu 90 Stundenkilometer), der Schneverwehungen verursachte. Die Verkehrsbetriebe begannen daher bereits ab 21 Uhr zunächst mit Vorreinigungsfahrten bis zum Betriebsschluß. Ab 1.30 Uhr wurde eine generelle Hauptreinigung auf allen Linien mit 52 schienengebundenen Motorpflügen, elf Kraftfahrzeugpflügen und 75 Anhängerpflügen durchgeführt. Der Einsatz dieser Fahrzeuge blieb auch nach der Hauptreinigung pausenlos aufrecht, sodaß der Straßenbahnauslauf auf allen Linien in wesentlichen plangemäß erfolgte und auch der Frühverkehr teils plangemäß, teils mit geringfügigen Verspätungen durchgeführt werden konnte.

Heute um 8.30 Uhr wurde neuerlich eine Hauptreinigungsfahrt im ganzen Netz durchgeführt. Da sich in der Nacht nur sehr wenig fremde Schneearbeiter meldeten, insgesamt 283, und das eigene Bahnerhaltungspersonal mit 422 Mann nicht ausreichte, mußte das Bundesheer um Beistellung von Kräften ersucht werden. 776 Soldaten, verteilt auf das ganze Netz, wurden sofort eingesetzt.

Der Stadtreinigung bescherte der nächtliche Schneesturm zu allem Überfluß auch starke Schneverwehungen am Stadtrand. Die gesamte Mannschaft der Straßenpflege wurde bereits um 1.15 Uhr geweckt und trat um 2 Uhr früh den Dienst an. Man arbeitete zunächst mit 50 Schneepflügen und ab drei und vier Uhr früh mit weiteren 142 Pflügen an der Freimachung der Straßen. Insgesamt hatte die Stadtreinigung 1.576 Mann zur Schneeräumung eingesetzt, darunter 755 aufgenommene Arbeiter. In den Vormittagsstunden arbeiteten insgesamt 251 Pflüge und Fahrzeuge, um der Schneemassen Herr zu werden.

Insgesamt waren heute in Wien 3.057 Arbeitskräfte bei Stadtreinigung und Verkehrsbetrieben zu Schneeräumungsarbeiten eingesetzt.

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Die Debate über Wirtschaftsangelegenheiten
=====

17. Dezember (RK) Als erster Debattenredner ergreift GR. Binder (SPÖ) das Wort und beschäftigt sich einleitend mit dem Pächterschutz in Österreich. Er betont, daß das Pächterschutzgesetz aus dem Jahre 1940 stammt und beim Schutz der Pächter viel weitergeht als zum Beispiel das Mieterschutzgesetz. So ist zum Beispiel eine beabsichtigte Verbauung kein Grund für die Kündigung des Pächters; auch wenn ein Pachtvertrag abgelaufen ist, so genügt ein Antrag des Pächters zur Verlängerung. Es ist klar, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes sehr hinderlich bei der Durchführung städtischer Projekte sind. GR. Binder gibt daher seiner Meinung Ausdruck, daß es doch etwa im Rahmen des Städtebundes möglich sein müßte, eine Novellierung des Pächterschutzgesetzes durchzusetzen. Er betont dabei jedoch, es sei keine Frage, daß der Pächter auch seinen Schutz haben soll.

Man muß zugeben, daß in unserer Zeit der Großmarkt völlig unübersichtlich geworden ist. Wir müssen daher einen neuen Großmarkt bekommen.

Lobende Worte findet der Redner für das Marktamt und dessen Tätigkeit. Er hebt besonders das hohe Ansehen des Wiener Marktammtes im Ausland hervor.

Der typische Wiener Greißler beginnt der Vergangenheit anzugehören. Wir werden uns anstrengen müssen, der modernen Entwicklung Rechnung zu tragen, wenn wir nicht vom ausländischen Kapital überrannt werden wollen. Der Redner warnt auch vor der Gefahr der Lebensmittelverfälschungen.

Beim Schlachthof sind wohl die Zeiten unserer Jugend vorbei, als wir "Der Sumpf" von Sinclair gelesen haben. Trotzdem ist es an der Zeit etwas zu tun, denn unser Schlachthofbetrieb wird noch in einer Form geführt, wie es altväterisch herkömmlich war. Es ist zwar keine Gefahr für die Bevölkerung vorhanden, aber dieser Schlachthof ist ganz einfach nicht mehr wirtschaftlich. Als einen Beginn bezeichnet GR. Binder den Beschluß

des Gemeinderates zum Bau einer neuen Rinder-Schlachtstraße in St. Marx.

GR. Krobot (ÖVP) beschäftigt sich ebenfalls mit der Tätigkeit des Marktamtes, das zehn Großmärkte und 28 Detailmärkte betreut. Er unterstreicht auch die Notwendigkeit, die Märkte zu modernisieren, und betont, daß schon schöne Fortschritte erzielt wurden.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Marktamtes sei die Ausübung der Lebensmittelpolizei. Es wurden 18.165 Kleinhandelsbetriebe überwacht und 1.506 Großbetriebe. 31.209 Lebensmittelproben wurden gezogen, davon allein 10.372 Milchproben. Bei der Wein- und Spirituosenkontrolle mußten in 37 Prozent der Fälle Beanstandungen wegen Verfälschungen erfolgen.

Das Marktamt der Stadt Wien übt mit seinen Organen für den Schutz der Bevölkerung und für die Gesundheit aller Bewohner dieser Stadt eine verantwortungsvolle Tätigkeit aus. Auch die Geschäftsleute und die Wirtschaft werden dadurch vor Schaden bewahrt.

In der Frage der Änderung des codex alimentarius sei man noch zu keiner endgültigen Lösung gekommen. Einer einheitlichen Bewertung der Lebensmittel komme jedoch angesichts der Integration besondere Bedeutung zu. Es sei auch notwendig, eine Hygieneordnung zu schaffen, um das Verschmutzen von Lebensmitteln zu vermeiden.

GR. Lauscher (KLS) führt aus, das Marktamt habe eine Fülle von Aufgaben zu bewältigen. Man müsse ihm im Interesse der Verbraucher vor allem hinsichtlich der Preise mehr Einfluß gewähren. Das Marktamt hat darauf zu sehen, daß die ortsüblichen Preise nicht überschritten werden. Viele Verbraucher, zum Beispiel die berufstätige Frau, seien aber heute irgendwie standortgebunden. Diese Standortgebundenheit wird oft mißbraucht, indem die Geschäftsleute Höchstpreise verlangen.

Auch der Preisbildung in den Wiener Gasthäusern wäre mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Hier werden infolge der Zunahme des Fremdenverkehrs teilweise schon Weltmarktpreise verlangt. Die Gastwirte erfreuen sich einer besonderen Förderung durch die

Gemeinde Wien, sie bekommen beispielsweise zinsenlose Kredite, die sie nur zur Hälfte zurückzahlen müssen. Es wäre daher angebracht, die Preise in den Gasthäusern rigorosener zu überprüfen.

Im Vordergrund der Preiserhöhungen, die heuer aufgetreten sind, standen Fleisch- und Wurstwaren. Zwischen Landwirtschaftskammer und Arbeiterkammer wurde zwar ein Preisband vereinbart, dessen Grenzen jedoch überschritten wurden, ohne daß dagegen etwas unternommen wurde. Mit dieser verbraucherfeindlichen Politik müßte endlich Schluß gemacht werden.

In Wien sei zu beobachten, daß hier oft Preiserhöhungen auftreten, die in anderen Städten nicht zu verzeichnen sind. Auch wenn außerhalb Wiens Waren billiger werden, werden die Wiener Preise davon nicht betroffen. Auch hier müßte das Marktamt strenger vorgehen. Im vergangenen Sommer waren die Preisexzesse bei Lebensmitteln besonders arg. Der Verbraucher zahle zum Beispiel für Erdäpfel dreimal soviel, als der Bauer bekommt. Hier stecken die Großhändler die unerlaubten Gewinne ein.

Der Lebenshaltungskostenindex bringe die wahre Belastung nicht richtig zum Ausdruck. Für bestimmte Warengruppen wird bei der Erstellung des Index eine einzelne Ware herausgegriffen, deren Preis stabil gehalten wird, während die Preise der anderen Waren, die sich auf den Index nicht auswirken, in die Höhe getrieben werden.

Kartellvereinbarungen seien in Österreich gang und gäbe. Der Sitz der Preisabsprachen liege in den Innungen, Gremien und Fachverbänden. Wettbewerbspreise gäbe es heute fast nicht mehr, die meisten Preise seien Monopolpreise. Der Wettbewerb werde in der sogenannten freien Marktwirtschaft immer mehr ausgeschaltet, um Höchstprofite erzielen zu können. Die Ausschaltung des Wettbewerbes und die Preisabsprachen schädigen vor allem die wirtschaftlich Schwächeren. Die Regierungsparteien haben ihre Versprechungen, die Preise zu stabilisieren, nicht gehalten. Die Geldverdünnung ist eine Geißel für die arbeitenden Menschen und gleichzeitig eine Quelle für die schamlose Bereicherung einer Schicht von Unternehmern, Großhändlern und Spekulanten. Die Regierungsparteien müßten endlich wirksame Maßnahmen zur Stabilisierung der Preise einleiten. Auch der ÖGB müsse seine Kraft in dieser Richtung einsetzen.

Sodann greift GR. Lauscher das Problem der Sozialpartnerschaft auf und erklärt, es sei eine Tatsache, daß die Politik der Sozialpartnerschaft in der Praxis nicht die Interessen der Arbeitnehmer, sondern ausschließlich jene der Unternehmer wahrnimmt. Diese Politik müßte daher geändert werden und vom Standpunkt des Arbeitnehmers und nicht von jenem des Unternehmers ausgehen, dem nur seine Profite wichtig sind.

Über das Problem Fleischwerke sagt der Debattenredner, die Öffentlichkeit sei von den Zeitungsmeldungen überrascht worden, in denen es hieß, daß die Fleischwerke an den Rand des Ruins gebracht wurden. Nachdem von der Gemeinde Wien, die an den Fleischwerken beteiligt ist, viele Millionen in diesen Betrieb hineingesteckt wurden, sind vor kurzem alle Filialen der Fleischwerke an einen privaten Unternehmer verkauft worden, und zwar zu einem für ihn sehr günstigen Preis. In diesem Zusammenhang sei im übrigen bekannt geworden, daß etliche dieser Filialen mit Gewinn schon wieder weiterverkauft worden seien.

Es erhebe sich die Frage, ob die Fleischwerke von Kaufleuten und Fachleuten oder aber von Dilettanten oder gar von Leuten geführt wurden, die den Betrieb bewußt heruntergewirtschaftet haben. Seine Fraktion erwarte jedenfalls von Stadtrat Bauer eine Stellungnahme zu diesem ganzen Fragenkomplex. Wir sind der Meinung, so sagt GR. Lauscher, daß die Wiener Fleischwerke bei entsprechend guter Führung durchaus in der Lage gewesen wären, wirtschaftlich zu arbeiten und darüber hinaus sogar preisregulierend zu wirken.

Zwei weitere Fragen richtet GR. Lauscher an den Berichterstatter: Wann kann man mit der Herausgabe der neuen Hygieneverordnung rechnen, an der bereits gearbeitet wird, und welche Schwierigkeiten stehen bei der Ausarbeitung des neuen Lebensmittelkodex' im Wege?

Seine Fraktion könne den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen.

Als nächster Debattenredner erinnert GR. Haim (ÖVP) an drei Anträge seiner Fraktion aus den Jahren 1960 und 1961, die sich mit der Situation auf dem Wiener Schlachthof und mit der Schaffung eines neuen Großmarktes beschäftigten. Diese Anträge seien einem

Expertenausschuß zur Bearbeitung zugewiesen worden. Im Jahr 1962 habe man dann aus einer Rundfunkrede von Bürgermeister Jonas erfahren können, das im Zusammenhang mit der geplanten Schaffung eines Großmarktes etwas geschehen werde. Am 24. Februar 1963 befaßte sich Bürgermeister Jonas in einer Radiorede erneut mit diesem Problem und erklärte, daß Wien unbedingt einen neuen Großmarkt brauche. Ferner sprach er damals von einer Übersiedlung nach St. Marx und führte auch einige historische Tatsachen an, so zum Beispiel, daß der Naschmarkt im Jahre 1910 nur als Provisorium errichtet worden ist. Sodann wies der Bürgermeister auch darauf hin, daß der Verwirklichung der Idee, einen Großmarkt in Wien zu errichten, seit 1910 verschiedene weltpolitische Ereignisse entgegengestanden seien und die Gemeindeverwaltung daher noch nicht instande gewesen sei, dieses Projekt durchzuführen. Dazu sei zu sagen, erklärt GR. Haim, daß auch andere westeuropäische Großstädte den gleichen Ereignissen ausgesetzt waren, trotzdem aber ähnliche Fragen schon längst in großzügiger Weise (wie zum Beispiel in Hamburg) gelöst haben.

Wir sollten uns also endlich darauf besinnen, die Steuern nach europäischen kommunalen Begriffen zu verwenden. Erfreulich sei, daß Bürgermeister Jonas in seinen Radioreden die Tatsache als nicht tragbar bezeichnet hat, daß es in Wien noch immer keinen Großmarkt gibt. Wörtlich habe der Bürgermeister gesagt: "Diese Aufgabe muß endlich einmal gelöst werden." Wir wollen also hoffen, daß tatsächlich etwas geschieht. Es ist jedoch bedauerlich, daß im Budget für 1964 noch nichts dafür vorgesehen ist.

Mit einiger Besorgnis habe man auch die Bemerkung des Bürgermeisters entgegengenommen, daß es notwendig sei, neben der bestehenden Expertenkommission noch weitere Kommissionen zum Studium und zur Lösung offener Fragen einzusetzen. In diesem Zusammenhang sei es bedauerlich, daß die früheren Stadtplaner, die Professoren Brunner und Rainer, sich auch nicht sehr ausführlich mit der Marktplanung beschäftigt haben.

Das Expertenkomitee stellte zwar fest, daß die Planungsarbeiten zur Errichtung des Großmarktes bereits abgeschlossen werden, es sei aber zu befürchten, daß sich noch eine dritte Generation in diesem Haus damit beschäftigen wird müssen. Wir freuen uns indessen, daß wir uns nun in dieser Frage mit der SPÖ auf einem gemeinsamen Weg befinden. Notwendig wäre jetzt nur mehr die rasche Schaffung des neuen Großmarktes. Die Verzögerungen - vielleicht sollte man sogar sagen: Verschleppungen - seien jedenfalls dazu angetan, das Vertrauen der Wiener Bevölkerung in die Arbeit einzelner Verwaltungsgruppen zu erschüttern. Wir glauben, mit aller Dringlichkeit verlangen zu müssen, daß sich alle bemühen sollten, hier endlich vorwärtszukommen. Manches hätte schon längst geschehen können, wäre manches andere unterlassen worden.

GR. Maria Hirschler (SPÖ) ist der Ansicht, daß die von GR. Haim geübte Kritik nur in Unkenntnis der Materie erfolgt sein könne. Er ist schließlich nicht Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Wirtschaftsangelegenheiten und hat daher anscheinend zu wenig Einblick in die Arbeit dieses Ressorts. Sicherlich findet man, wenn man kritisieren will, immer einen Grund hierzu. Die Gemeinderäte müßten sich aber einmal das Warenlager des Beschaffungsamtes in der Hasnerstraße ansehen. Sie würden dann daraufkommen, daß man bemüht ist, das Beste und Zweckmäßigste zu kaufen. Das gilt für die Säuglingswäschepakete ebenso wie für die Lebensmittelpakete. Es könne daher kaum eine Mutter in unserer Stadt geben, die an der Qualität der Säuglingswäschepakete etwas aussetzen könnte. Sie werden mit viel Liebe und Sorgfalt zusammengestellt und sind von bester Qualität. Bei der Auswahl der Lebensmittelpakete hat man verschiedene Firmen zur Beistellung eines Musterpaketes herangezogen und dann ohne Kenntnis von welcher Firma das Paket ist, das beste ausgesucht.

Die Gemeinde Wien stellt auch für die Schulkinder vom Bleistift bis zum Handarbeitsmaterial alles zur Verfügung. Sie ist auch ständig bemüht, ihre Schulen auf das modernste einzurichten. Leider schaut es auf dem Sektor der Bundesschulen anders aus. Was besonders auf dem Mittelschulsektor beanstandet werden muß, ist die Tatsache, daß es selbst in den oberen Schulstufen noch Wanderklassen gibt.

Leider ist die Zahl der Mittelschulen viel zu gering und manche Kinder haben sehr lange Anmarschwege.

Für die Krankenanstalten werden die modernsten Betten und Nachtkästchen gekauft. Auch die Spitalskleidung und die Bettwäsche ist von sehr guter Qualität. Sehenswert sei auch die Ausstattung des neuen Pensionistenheimes im 22. Bezirk.

Abschließend stellt die Rednerin fest, daß die Geschäftsgruppe X nach außen hin nicht so in Erscheinung tritt, doch wird durch ihre vielfältige Tätigkeit den einzelnen Verwaltungsgruppen viel Arbeit abgenommen. Sie dankt daher allen in diesem Ressort beschäftigten Bediensteten für die gute Arbeit. All jene aber, die meinen, an dieser Geschäftsgruppe Kritik üben zu können, mögen sich zuerst von den tatsächlichen Leistungen überzeugen.

GR. Dr. Weninger (ÖVP) stellt fest, daß jeder Gemeinderat, auch wenn er nicht dem Ausschuß der gerade zur Verhandlung stehenden Geschäftsgruppe angehört, schon aus dem allgemeinen Gesichtskreis des Gemeinderates heraus befähigt ist, zu einer Geschäftsgruppe zu sprechen.

Er bezeichnet es als eine der wesentlichsten Aufgaben der Stadtverwaltung seit eh und je, für das Gedeihen des Marktes und für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern zu sorgen. Österreich und damit auch die Bundeshauptstadt werden sich aber auch mit dem Problem eines Europa-Marktes auseinandersetzen müssen. Die Anforderungen, die in diesem Zusammenhang an die Stadtverwaltung gestellt werden, werden nicht gering sein. Gewerbe und Handel müssen in unserer Stadt auf eine gute wirtschaftliche Grundlage gestellt werden. Die Bereitstellung von gut aufgeschlossenen Industrieflächen würde einen Anreiz für die Schaffung und Ansiedlung neuer Betriebe bieten. Es wäre zu überlegen, ob nicht auch durch steuerliche Begünstigungen und verschiedene Kreditmaßnahmen die Ansiedlung eines Betriebes innerhalb unseres Stadtgebietes schmackhaft gemacht werden könnte. Der Redner begrüßt in diesem Zusammenhang die Schaffung einer Standortberatungsstelle. Auch der von Stadtrat Heller angekündigte Ausbau des Donauhafens, der es er-

möglichen soll, 3000-Tonnen-Schiff bis Wien zu führen, würde sich wirtschaftlich gut auswirken. Wien wäre dadurch an das Meer und die Seehäfen angeschlossen und läge an der Kreuzung der Wasserstraßen zwischen Nord und Süd und West und Ost.

Der Redner kommt sodann auf die Preisgestaltung zu sprechen, die sich nach Angebot und Nachfrage richtet, aber auch von Erzeugungs- und Transportkosten, Steuern und natürlich auch vom Gewinn abhängt. Die freie Marktwirtschaft werde aber auch durch andere Maßnahmen gesteuert, wie Preis- und Warenkartelle und eventuell auch staatliche Maßnahmen. Sicherlich sei es auch richtig, wie ein Debatteredner ausführte, daß die Lebensmittelpreise in den einzelnen Bezirken verschieden sind.

Viele Hausfrauen seien sich jedoch ihrer wirtschaftlichen Macht nicht ganz bewußt. Sie haben die Möglichkeit, in verschiedenen Geschäften und auf verschiedenen Märkten einzukaufen. Gerade auf den Märkten spielen die Wettbewerbsverhältnisse eine große Rolle. Die Verkäufer müssen sich anstrengen, ihre Ware an den Mann zu bringen.

Der Redner spricht auch über verschiedene Lebensmittelpreise und erläutert, warum manche Preise so hoch seien. Zum Beispiel der Preis für Kalbfleisch: das österreichische Kalbfleisch ist von ganz besonderer Güte, die Fremden, die in der Urlaubszeit nach Österreich kommen, essen es besonders gern. Damit steigt der Preis.

GR. Peter (FPÖ) verwahrt sich eingangs dagegen, daß hier so getan wurde, wie wenn die Gemeinderäte nichts machen und nicht mitreden dürften, die nicht in einem Ausschuß sitzen. Er betont, daß das Recht auf Rede in der Gemeinderatssitzung gewahrt bleiben muß.

Der Redner meint dann, daß alles, was im Vorjahr zu dieser Geschäftsgruppe bei der Budgetdebatte gesagt wurde, auch heuer noch aktuell ist. Er wendet sich gegen die Tendenz, ausländische Produkte zu bevorzugen.

Im Zusammenhang mit der Liegenschaftsverwaltung spricht GR. Peter über den Prater, den er als wunderbares Erholungsgebiet bezeichnet. Er vertritt das Fahrverbot in der Hauptallee und verlangt Maßnahmen gegen die Gelsen. Zum Schutz der Parkanlagen sollte man Parkwächter anstellen.

Ein besonderes Kapitel seien die dunklen Winkel des Praters, wo sich allerhand lichtscheues Gesindel herumtreibt, und - wie der Redner betont formulierte - der allgemeinen Auffassung über Moral sehr widersprechende Tathandlungen gesetzt werden. Hier sollten saubere Verhältnisse geschaffen werden.

Der Redner unterstreicht die Notwendigkeit der Märkte, weil sie unter Umständen preisregulierend wirken, und erklärt, man müsse bei der Verlegung und Errichtung von Märkten mit besonderer Vorsicht vorgehen, um nicht ein Verkehrschaos hervorzurufen.

Es sei ein unmöglicher Zustand, führt der Redner aus, daß der Christkindlmarkt wie der ewige Jude immer umherwandern müsse. Es wäre hoch an der Zeit, einen festen Platz für diesen einer historischen Tradition entwachsenen Markt zu finden.

Es könne nicht Aufgabe einer Gemeindeverwaltung sein, Gast- und Schankbetriebe zu führen. Wenn auch ausgeführt werde, der jetzige Zustand sei auf die historische Entwicklung zurückzuführen, da Vororte eingemeindet worden sind, bei denen die bestehenden Gemeindewirtshäuser übernommen werden mußten, ist dem entgegenzuhalten, daß Zeit genug gewesen wäre, diese Gasthäuser abzustößen. Man kann nicht gegen den Alkoholmißbrauch Stellung nehmen und auf der anderen Seite Betriebsstätten führen, in denen dieser Alkoholmißbrauch unter Umständen seine Quellen hat.

Von den in Wien bestehenden Gärtnereien befinden sich 515 ausschließlich auf Pachtgrund. Weil bei den Pachtverträgen eine äußerst kurze Kündigungsfrist festgesetzt ist, wagen es die Gärtner nicht, dort zu investieren. Aus diesen Gärtnereibetrieben ist daher eine große Abwanderung festzustellen. Von 1963 auf 1964 werden zehn Prozent der Betriebe auf Pachtgrund stillgelegt werden müssen.

Die FPÖ werde den Ansätzen dieses Kapitels nicht zustimmen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Hengl (ÖVP) hebt die Leistung der Wiener Landwirtschaft in den Nachkriegsjahren hervor und verweist darauf, daß bei politischen Schwierigkeiten auch in Wien Mangelerscheinungen auftreten könnten.

Im Jahre 1963 wurden 116.000 Schweine nach Österreich importiert, und wir werden in wenigen Wochen einen Schweinehügel

haben. Es werden nächstes Jahr um mehr als 100.000 Schweine mehr auf den Markt geliefert werden können als heuer.

Die Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte ist im Oktober in einer Schrift über die Lage der österreichischen Gemüse- und Obstwirtschaft dafür eingetreten, daß neben den Importen ein heimischer Gartenbau vorhanden ist. Die inländischen Produkte müssen qualitativ besser sein, weil der Anmarschweg zum Konsumenten nicht so groß ist.

Der Redner begrüßt es, daß die Hagelversicherungsbeiträge von der Gemeinde Wien unterstützt werden.

Im Interesse der Vollbeschäftigung sei es notwendig, führt der Redner aus, daß die Landwirtschaft und insbesondere der Gartenbau ihre Produkte absetzen kann. Hier komme auch den Hausfrauen besondere Bedeutung zu, die nicht das teure ausländische Obst kaufen sollten.

Die Arbeitsinspektion habe bei den Land- und Forstarbeitern fast nichts beanständet. Dies sei ein Zeichen dafür, daß sich die Wiener Arbeitgeber in der Land- und Forstwirtschaft bewußt sind, daß sie die Arbeiter brauchen.

Der Redner richtet an den Amtsführenden Stadtrat die Frage, was mit der Markthalle in der Nußdorfer Straße geschehen soll. Dieser Markt habe sich bisher preisregulierend ausgewirkt.

Den Veterinärämtern waren große Aufgaben gestellt, als die Maul- und Klauenseuche aufgetreten ist. Die Bekämpfung hat relativ gut funktioniert und den Veterinären ist dafür der herzlichste Dank auszusprechen.

1963 ist es endlich gelungen, das Tierzuchtförderungsgesetz unter Dach und Fach zu bringen. In den nächsten Tagen wird auch die Verordnung herauskommen, sodaß ab 1. Jänner 1964 die Tierzuchtförderung durchgeführt werden kann.

Der Redner regt an, Schrebergärtnern, die abgesiedelt werden, Ersatzland zur Verfügung zu stellen. Bei der Ablöse durch Geld werde ein erheblicher Betrag weggesteuert.

Abschließend kommt GR. Dipl.-Ing. Dr. Hengl noch kurz auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung in Wien zu sprechen und betont, daß nicht die Pessimisten recht hatten, die eine Ab-

flachung der Konjunktur vorhergesagt haben, sondern die Optimisten, denn erfreulicherweise halte die Konjunktur weiter an. In übrigen werde seine Fraktion den Ansätzen ihre Zustimmung geben.

GR. Jodlbauer (SPÖ) befaßt sich als letzter Debattenredner zunächst mit dem Marktamt und empfiehlt die Lektüre einer Festschrift, die anlässlich des 125jährigen Bestehens des Marktantes von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten herausgegeben wurde. Er weist auf die historische Entwicklung der Markt- und Gewerbeordnung in Wien hin, die in dieser Festschrift umfassend dargestellt wird.

Sodann geht er kurz auf einige Beiträge der Diskussionsredner ein. Zur Modernisierung des Hannovermarktes meint er, daß dabei tatsächlich nicht ganz richtig vorgegangen wurde. Es sei natürlich sehr schwierig, den Markt neu zu bauen, wenn der Betrieb auf dem alten Markt währenddessen weitergehen soll. Die Vorgangsweise beim Neubau des Vorgartenmarktes sei natürlich richtiger gewesen; man habe dort den Markt in der Nähe des alten neu aufgebaut und dann die einzelnen Marktstände übersiedelt. Das sei zweifellos der bessere Weg, aber man müsse bedenken, daß dies nicht immer und nicht überall möglich ist. Ein großes Problem ist zum Beispiel schon jetzt die Frage, auf welche Weise man einmal den Brunnenmarkt modernisieren soll. Ebenso müsse man auch bei der Modernisierung anderer Märkte genau überlegen, wie man das durchführen wird.

Auf die Ausführungen von GR. Lauscher zu sprechen kommend, betont GR. Jodlbauer, man mache es sich sehr leicht, wenn man behauptet, der Schilling werde für den wirtschaftlich Schwächeren immer kleiner. Wenn man dieses Problem nur von der Preisseite her betrachte, so sei das grundfalsch, denn man müsse dabei auch die Lohnentwicklung in Betracht ziehen. Es sei wohl wahr, daß hier einzelne Gruppen der Bevölkerung etwas benachteiligt wurden, aber man dürfe doch nicht gleich von Inflation sprechen. Viel wichtiger sei es, an die Lösung der Probleme heranzugehen und den wirtschaftlich Schwächeren zu helfen, damit auch sie das bekommen, was ihnen zusteht.

Zum Projekt Wiener Großmarkt sagt GR. Jodlbauer, es wäre viel besser, alle Probleme auf diesem Gebiet langsam und sachlich zu lösen, als ständig Anträge einzubringen.

Wir haben die Steuergelder bis jetzt immer richtig verwaltet und eingesetzt. Die Sozialistische Partei aber hat auch den Mut gehabt, neue Wege zu gehen und zu experimentieren - stets zum Vorteil der Wiener Bevölkerung. Vieles davon nimmt man sich sogar draußen in der Welt zum Vorbild.

Europamarkt: In keiner anderen Angelegenheit ist soviel Fälsches gesagt worden wie hier. Jeder hat eine andere Vorstellung vom gemeinsamen Markt, und es ist doch so, daß alle jene, die sich einen Vorteil davon erwarten, dafür sind, jeder aber, der darin einen Nachteil für sich sieht, dagegen ist. Wir studieren alle diese Probleme ganz genau, und von Seiten der Wiener Stadtverwaltung wird alles dazu getan, daß sich Wien in einen kommenden europäischen Markt einordnen kann.

Preisbildung: Daß Angebot und Nachfrage die Preise bilden, hat man vor 20 oder 30 Jahren geglaubt. Heute jedoch glaubt man das nicht mehr, denn man weiß, von wievielen Faktoren die Preisbildung beeinflußt wird.

Marktwirtschaft: Die freie Marktwirtschaft ist überholt, die gebundene Marktwirtschaft ist aber auch nicht die richtige Form. Wenn man glaubt, daß man mit der sogenannten sozialen Marktwirtschaft alles lösen kann, so ist das ebenfalls falsch. Die Volkswirtschaft der freien Welt befindet sich gegenwärtig in einem Entwicklungsprozeß, in dessen Rahmen die Privatwirtschaft zusammen mit der Gemeinwirtschaft versucht, ein System zu finden, das eine Marktwirtschaft garantiert, die dem Menschen zu einem gerechten Preis alles das geben kann, was er braucht.

Die Marktpreisentwicklung bei technischen Geräten müßte von jedem anständigen Menschen abgelehnt werden. Beim Ankauf einer Waschmaschine, einer Wäschezentrifuge, eines Kühlschranks oder sonstigen Elektrogerätes kann man bei einigen Beziehungen Preisnachlässe bis zu 25 Prozent bekommen. 80 Prozent aller verkauften Geräte werden nach Schätzungen billiger abgegeben. Hier dürfte bei der Preiserstellung etwas nicht stimmen. Wie kommt aber jemand, der keine Beziehungen hat, vielfach sind es die finanziell weniger Begüterten, dazu, den vollen Preis zu bezahlen. Es müssen Wege gefunden werden, solche Mißentwicklungen der Wirtschaft abzustellen. Handels-, Arbeiter- und Land-

wirtschaftskammer und verschiedene Konsumentenvereine haben bereits diesbezügliche Bemühungen unternommen. Der Verein "Gut haushalten" hat vor kurzem siebzig verschiedene Lebensmittel im Wiener Stadtgebiet an verschiedenen Stellen an einem bestimmten Tag eingekauft und festgestellt, daß eine Hausfrau im Umkreis von zehn Minuten, wenn sie in jedem Geschäft nur die jeweils am preisgünstigsten angebotene Ware kauft, ungefähr ein Drittel der Kosten einsparen kann. So unterschiedlich ist die Preisgestaltung in den einzelnen Geschäften. In einem Fall hat man für die 70 Lebensmittel 680 Schilling bezahlt, in einem anderen 1.000 Schilling. Das Marktamt wird mit seiner Preisbeobachtungsstelle wesentlich mithelfen können, daß es auf dem Gebiet der Güterversorgung zu einem ehrlichen Spiel kommt, nämlich, daß für eine echte Leistung auch ein echter Preis gefordert wird.

Abschließend dankte GR. Jodlbauer allen Ausschußmitgliedern und allen Bediensteten dieser Geschäftsgruppe für ihre gute Arbeit. Die SPÖ-Fraktion werde den Ansätzen der Geschäftsgruppe X die Zustimmung geben.

Stadtrat Bauer (ÖVP) dankt in seinem Schlußwort den Diskussionsrednern für ihre größtenteils sehr sachlichen Anregungen. Zu den verschiedenen Anfragen stellt er fest:

Die Kodexkommission hatte in ihrer Tätigkeit eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden. Bedauerlicherweise ist die Funktionsperiode der Mitglieder heuer abgelaufen; eine Reihe von Mitgliedern ist verstorben. Es wird sehr schwer sein, wieder so gute Fachkräfte für diese wichtige, aber unbezahlte Arbeit zu bekommen.

Für die Hygieneverordnung ist das Sozialministerium zuständig.

Die Marktplanung für den Großmarkt ist abgeschlossen. Es wird noch notwendig sein, einige Detailplanungen vorzunehmen und diese einer raschen Erledigung zuzuführen.

Zur Bemerkung, daß es im Ausland Schlachtstraßen gibt, ist zu sagen, daß auch wir an einer Schlachtstraße für Rinder bauen. Die Einbauten, die jetzt vorgenommen werden, müssen jedoch so erfolgen, daß sie dann auch im neuen Schlachthof verwendet werden können.

Daß auf Gemeindeliegenschaften wiederholt Schuttablagerungen vorgenommen werden, ist bedauerlich. Leider haben wir nicht

ausreichend Personal, um diese Plätze überwachen zu lassen. Man versucht jedoch Interessenten zu finden, die diese Aufsicht übernehmen.

Zu den Brot- und Wurstproben: Die Brotproben werden schon sehr lange vorgenommen und es gibt kaum Beanstandungen. Bei der Wurst sind die Beanstandungen so zahlreich, weil von Haus aus gleich jene Wurst untersucht wird, die den Beamten als nicht einwandfrei erscheint.

Eine Lösung des Parkproblems beim Blumenmarkt wird in nächster Zeit erfolgen.

Wiederholt wurde auch von den Preisen und ihrem steten Steigen gesprochen. Man darf aber auch nicht vergessen, daß nicht nur die Preise gestiegen sind, sondern auch die Löhne, ausgenommen sind vielleicht einige wenige Berufsgruppen.

So sind die Lebenshaltungskosten in Wien von 1953 auf 1959 um 14 Prozent gestiegen, der Netto-Wochenverdienst jedoch um 41.5 Prozent. Diese Zahlen hat Vizebürgermeister Slavik kürzlich genannt. Sie werden auch durch den Verbraucherpreisindex belegt.

Sicherlich gibt es auch große Preisunterschiede zwischen den verschiedenen Bezirken. Wo die Hausfrauen Wert auf besondere Qualität legen, wird die Ware eben teurer sein. Auch die größere Absatzmöglichkeit in einzelnen Bezirken wird sich vor allem bei den Gemüse- und Obstpreisen günstig bemerkbar machen, weil der Geschäftsmann größere Quantitäten und daher zu billigerem Preis einkaufen kann.

Mich wundert es, daß wir das Preisband so lange halten konnten. Aber jetzt beginnt die Tragödie: Im Ausland werden exorbitante Preise bezahlt. Das wirkt sich natürlich auf den Markt aus. Da muß man eben versuchen auf andere Fleischsorten auszuweichen.

Für die "Wiflag" sei er nicht verantwortlich, er möchte aber doch sagen, daß vor allem die Personalkosten sehr hoch waren.

Wenn Frau GR. Hirschler geklagt hat, daß man von dieser Verwaltungsgruppe so wenig hört: die beste Frau ist die, über die man wenig spricht! Wandeln wir das auch für unsere Verwaltungsgruppe ab.

Gelsenplage: Es geschieht schon etwas, aber es hat nicht sehr viel Wirkung. Das ist so ähnlich wie bei der Rattenbekämpfung.

Bei der Hauptallee wird man sicher einen Mittelweg finden, der zu einem Resultat führt.

Mit dem Christkindlmarkt war es ein leidensweg. Man wird sehen, wie er sich jetzt auf dem Kalvarienberg macht.

Keine Restaurants und Gasthäuser: wie wollen Sie denn das machen? (GR. Peter, FPÖ: Verscheuern!) Das hat keinen Sinn. Bei einem Pächter können wir bei Unzukömmlichkeiten Einfluß nehmen, bei einem Besitzer nicht. (GR. Neset, FPÖ: Was ist mit dem Bellevue?) Wer hätte es dembauen sollen, ein Privater? Außerdem, Sie finden dort Preise, die Sie in einem Vorstadtgasthaus nicht haben. Die Mängel beim Service, das ist eine Personalfrage.

Tbc-verseuchtes Fleisch: Schauen Sie sich das Fleisch in der Freibank an. Sie werden sehen, was dort alles beschlagnahmt wird. Das Wiener Veterinäramt ist als eines der strengsten bekannt!

Er glaube nicht, daß die Markthalle in der Nußdorfer Straße ein Verkehrshindernis ist.

Besonders dankte Stadtrat Bauer GR. Jodlbauer für seinen Debattenbeitrag. Er war sehr erstaunt darüber, denn der Redner habe ihm eine Menge Arbeit abgenommen. (GR. Jodlbauer, SPÖ: Arbeitsteilung, Herr Stadtrat!)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des X. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Der Vorsitzende Ing. Lust unterbricht die Sitzung.

Die Beratungen werden morgen Mittwoch, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe XI (Allgemeine Verwaltung) fortgesetzt (Referent: Stadtrat Rudolf Sigmund, SPÖ) und anschließend mit der Abstimmung über "Bilanz und Bedeckung" abgeschlossen. Damit wird der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1964 angenommen sein.

Am Donnerstag wird Stadtrat Schwaiger über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für 1964 referieren.

(Ende des Sitzungsberichtes)

Orden für Bedienstete der Wiener Verkehrsbetriebe
=====

17. Dezember (RK) Der Bundespräsident hat drei Bedienstete der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe ausgezeichnet. Senatsrat Dipl.-Ing. Karl Schemel erhielt das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, Techn. Oberamtsrat Ing. Wilhelm Mützel erhielt das Silberne Ehrenzeichen und Betriebsoberinspektor Friedrich Sammer das Silberne Verdienstzeichen.

Bürgermeister Jonas überreichte den verdienten Beamten heute früh die hohen Auszeichnungen.

- - -

Abschiedsfeier für Landesschulinspektor Hofrat Herrmann
=====

17. Dezember (RK) Im Großen Sitzungssaal des Stadtschulratsgebäudes fand heute eine Abschiedsfeier für Landesschulinspektor Hofrat Ing. Bela Herrmann statt, der heuer in den Ruhestand tritt. Zahlreiche Festgäste, unter ihnen Vizebürgermeister Mandl, Ministerialrat Dr. Baschiera, Hofrat Dr. Zechner, Vizepräsident Regierungsrat Ullmann und die leitenden Beamten der Wiener Schulbehörde, waren erschienen.

Der Amtsführende Präsident des Wiener Stadtschulrates, NR. Dr. Neugebauer, würdigte in einer Ansprache die Verdienste des scheidenden Landesschulinspektors, der seit Ende des zweiten Weltkrieges am Aufbau des berufsbildenden Schulwesens maßgeblich mitwirkte. Präsident Dr. Neugebauer hob besonders die Leistungen des Hofrates auf pädagogischem Gebiet hervor und betonte, daß er es immer verstanden habe, alle Aufgaben in menschlich lebenswürdiger Weise zu lösen.

- - -

Ein Informationszentrum für kommunale Finanzierungen
=====Heute Gründung im Wiener Rathaus - Bgm. Jonas zum Präsidenten gewählt

17. Dezember (RK) Im Wiener Rathaus wurde heute ein Informationszentrum für kommunale Finanzierungen (IKF) gegründet. Folgende Institutionen gehören ihm als gründende Mitglieder an: der Österreichische Städtebund, die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, die Wiener Städtische Versicherung, die Österreichische Kommunal-kredit AG zur Aufschließung von Industriegelände und die Wiener Hypothekenanstalt. Das Kuratorium des Vereines setzt sich aus bedeutenden österreichischen Kommunalpolitikern zusammen, unter ihnen die Bürgermeister von Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Eisenstadt und Wr. Neustadt. Zum Präsidenten des Vereines wurde Bürgermeister Jonas gewählt.

Über Sinn und Zweck des Informationszentrums sprach Dr. Neubauer, der Generaldirektor der Zentralsparkasse. Wie er sagte, sei angesichts der großen und ständig wachsenden Aufgaben, die den Gemeinden in der modernen Gesellschaft zukommen, der kommunale Bedarf an Finanzierungsmitteln naturgemäß sehr hoch. Dies kommt unter anderem in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Investitionen der österreichischen Gemeinden in den letzten Jahren der Höhe nach nahezu das Volumen der Bundesinvestitionen erreicht haben.

Während die laufenden Ausgaben der Gemeinden im wesentlichen aus den ordentlichen Einnahmen gedeckt werden müssen, ist für die Finanzierung von kommunalen Einrichtungen, die in der Regel einen langfristigen Bestand darstellen, zum großen Teil die Heranziehung von Fremdmitteln erforderlich.

Im Gegensatz zu den Verhältnissen in vielen anderen Staaten, wo die Kreditgewährung an Gemeinden durch spezialisierte Institute vorgenommen wird, erfolgt die Bereitstellung von Fremdfinanzierungsmitteln zur Deckung des Kapitalbedarfs der Gemeinden in Österreich durch eine Vielzahl von Geldinstituten, wie Sparkassen, Hypothekenanstalten, Banken, Versicherungsgesellschaften etc. Infolgedessen besteht in Österreich auf dem Gebiet des Kommunalkredits eine gewisse Unübersichtlichkeit.

Die Aufgaben des Informationszentrums

Um auch in Österreich eine Koordinierung auf dem Gebiete des Kommunalkredits herbeizuführen, wurde nunmehr das Informationszentrum für kommunale Finanzierungen geschaffen, das die

Probleme der kommunalen Finanzierung studieren und die Gemeinden in allen Belangen der Finanzierung beraten und unterstützen soll. Durch die Koordinierung der Kreditgeber soll eine bessere Versorgung der Städte und Gemeinden mit Kapitalmarktmitteln erreicht werden. Zu den wesentlichen Aufgaben des Informationszentrums zählt auch die Erschließung neuer Finanzierungsquellen und die Verbesserung der bisher angewandten Methoden der kommunalen Finanzierung. Zur Erreichung dieses Zweckes wird sich das Informationszentrum insbesondere folgenden Aufgaben widmen: Beratung und Betreuung der Gemeinden in Fragen der kommunalen Finanzierung, Erstattung von Berichten, Gutachten und Vorschlägen, Pflege der Verbindung zwischen Gemeinden und kommunalen Finanzierungsinstituten des In- und Auslandes, Herausgabe von Publikationen, sowie Abhaltung von Fachtagungen, Kongressen, Vorträgen und ähnlichen Veranstaltungen.

Die großen Financiers der österreichischen Gemeinden

Sehr interessant war auch die Mitteilung Dr. Neubauers, daß die österreichischen Sparkassen Ende 1962 nicht weniger als 1.930.000.000 Schilling Kredite an Gemeinden gegeben haben, wovon allein 60 Prozent von der Zentralsparkasse, der Kommunalkredit-AG und der Hypothekenanstalt stammen. Unter den Versicherungsanstalten ist die Wiener Städtische der bedeutendste Financier österreichischer Gemeinden.

Die Entschuldigung der Gemeinden

Der Wiener städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Slavik, der zum Geschäftsführenden Vizepräsidenten des Vereines gewählt wurde, bezeichnete die Entschuldigung der Gemeinden als eine weitere wichtige Aufgabe. Die Gemeinden sind durch das Gesetz zu verschiedenen Zusatzfinanzierungen verpflichtet, die sie nicht immer leisten können, wodurch sie in Schulden geraten. Verschuldete Gemeinden aber haben wieder keine Aussicht auf einen Kredit.

Bürgermeister Jonas gab der Hoffnung Ausdruck, daß die neue Körperschaft ein wichtiges Instrument zum Nutzen der Gemeinden wird. Die Gemeindefunktionäre ersuchte er, daß sie sich soviel wie möglich mit kommunal-finanziellen Fragen beschäftigen. Relativ rasch sei aber im allgemeinen der Wechsel von Funktionären, die mit diesen Fragen befaßt sind. Nicht jeder kann auch sofort ein Fachmann sein. Die neue Institution müsse daher der ruhende Pol und jene Stelle werden, bei der sich die Gemeindefunktionäre Rat holen.

Schweinehauptmarkt vom 17. Dezember
=====

17. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 7.093, Polen 1.150, Rumänien 400, Ungarn 70. Gesamtauftrieb: 8.713. Verkauft wurde alles.

Preise: Extremware 16.50 bis 16.70 S, 1. Qualität 15.80 bis 16.50 S, 2. Qualität 15 bis 15.80 S, 3. Qualität 14 bis 15 S, Zuchten extrem 13.70 bis 14 S, Zuchten 12.50 bis 13.60 S, Altschneider 11 bis 12 S.

Ausländische Schweine notierten: Polen 14 bis 15 S, Rumänien 14 bis 15.50 S, Ungarn 14 bis 14.60 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 67 Groschen und beträgt nunmehr 15.77 S. Für ausländische Schweine erhöhte sich der Durchschnittspreis um 37 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 14.60 S. In der Woche vom 7. bis 13. Dezember wurden 3.088 Schweine außer Markt bezogen.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 17. Dezember
=====

17. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 73 Stück, hievon 6 Fohlen. Als Schlachttiere wurden 56 Stück, als Nutztiere elf Stück verkauft, unverkauft blieben sechs Stück.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 56, Oberösterreich 7, Burgenland 5, Steiermark 1, Kärnten 4.

Preise: Schlachttiere Fohlen 11.50 bis 13.80 S, Pferde extrem 8.50 S, 1. Qualität 7.20 bis 7.80 S, 2. Qualität 6.70 bis 7 S, 3. Qualität 6 bis 6.60 S, Nutztiere Pferde 6 bis 8 S.

Auslandsschlachthof: 168 Stück aus der CSSR, 6 bis 7.40 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für inländische Schlachtpferde um 30 Groschen und ermäßigte sich für inländische Schlachtfohlen um sieben Groschen je Kilogramm. Er beträgt: für Schlachtpferde 7.32 S, für Schlachtfohlen 13.20 S, für Schlacht- und Nutzpferde 7.36 S, für Pferde und Fohlen 7.77 S.

- - -